

Einleitung

Irreguläre Migration ist weltweit zum politischen Konfliktthema geworden. Die Spannbreite der politischen Positionen reicht von der Befürwortung einer Verschärfung der Grenzkontrollen und dem Ausschluss irregulärer MigrantInnen von jeglichen sozialen Leistungen bis hin zu Forderungen nach Regularisierungsprogrammen und einem Recht auf Migration. Da die Anwesenheit irregulärer MigrantInnen und die hohe Zahl von Einreisen eine soziale Tatsache ist, kann das »*Age of Migration*«, so der Titel des breit rezipierten Buches von Stephen Castles und Mark Miller (2003 [1993]), auch als Zeitalter der *irregulären* Migration bezeichnet werden. Vor der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) lebten schätzungsweise 3,3 Millionen MigrantInnen ohne gültigen Aufenthaltsstatus in den fünfzehn Mitgliedsstaaten (ILO 2004). Das bedeutet, fünfzehn Prozent der rund 22 Millionen Drittstaatsangehörigen in der EU sind weitgehend rechtlos. Der Großteil hat nie illegal eine Grenze übertreten, sondern aus unterschiedlichen Gründen den Aufenthaltstitel verloren. Nur fünfzehn bis dreißig Prozent nehmen die Dienste von Schleusern in Anspruch (Stalker 2000: 124). Der gefährlichste Weg nach Europa ist der Seeweg, bis zu einem Drittel aller »*boat people*« verlieren bei der Überfahrt über das Mittelmeer ihr Leben (Fekete 2006: 2, Pugh 2004). Eine Studie für das UN-Flüchtlingshilfswerk schätzt, dass ein bis zwei Drittel aller nach Europa geschmuggelten Personen Flüchtlinge sind, von denen die meisten aufgrund der Aussichtslosigkeit keinen Asylantrag stellen (Morrison/Croslan 2001: 80).

Die US-amerikanischen Migrationsforscher Wayne Cornelius, Philip Martin und James Hollifield prägten Mitte der 1990er Jahre den Begriff der »*gap hypothesis*« (Cornelius/Martin/Hollifield 1994a). Sie wiesen auf ein Dilemma aus staatlicher Perspektive hin: Das Ergebnis staatlicher Migrationskontrollpolitik entspricht nur selten dem formulierten Ziel.

Daher existiert ein »significant and persistent gap between official immigration policies and actual policy outcomes« (Cornelius/Tsuda 2004: 4). *Policy gaps* sind entweder unintended Folgen der Politiken, durch eine unzureichende Implementierung von Maßnahmen entstanden oder auf die allgemein schlechte Kontrollierbarkeit von Migrationsbewegungen zurückzuführen. Zuweilen ist die Differenz zwischen erklärten und verfolgten Zielen auch beabsichtigt. Trotz stetig intensivierter Bemühungen, irreguläre Migration zu verhindern, ist auch zehn Jahre nach der Formulierung der *gap*-Hypothese in den meisten Staaten ein Auseinanderklaffen von Zielen und Ergebnissen der Migrationskontrollpolitiken zu verzeichnen (Cornelius et al. 2004).

Diese migrationspolitische Ausgangsposition ist für die Frage politischer Mobilisierungen insofern interessant, als dass sich aus dem staatlichen Dilemma heraus eine Spannbreite von Argumentations- und Mobilisierungsmöglichkeiten ergibt. Grenzen und Rechte sind dabei zentrale und umstrittene Begriffe. Ich konzentriere mich in dieser Arbeit auf die Analyse der Mobilisierungen von MigrantInnenorganisationen und von Zusammenschlüssen, die sich für irreguläre MigrantInnen einsetzen, also relativ »schwache Interessen« (Willems/von Winter 2000). Diese Perspektive wird in der Forschung selten eingenommen, sie ermöglicht aber im Unterschied zum Blick auf etabliertere Akteure oder MigrantInnen mit legalem Aufenthaltsstatus eine veränderte Perspektive auf die Konstitution des Konflikt- und Akteursfeldes. Wie also handeln irreguläre MigrantInnen und *pro-migrant*-Organisationen in der EU, obgleich die Anwesenheit irregulärer MigrantInnen als staatliches Versagen der Migrationskontrollpolitik gilt und bekämpft wird? Wo erschließen sich Handlungsspielräume und welche politischen Resonanzen, aber auch unintended Folgen werden erzeugt? Das Interesse gilt damit den Thematisierungsstrategien und der Legitimation. Ferner wird analysiert, welchen Stellenwert die EU für MigrantInnen- und *pro-migrant*-Organisationen als politisch-institutionelles Terrain für Auseinandersetzungen um irreguläre Migration hat.

Die Analyse politischer Mobilisierungen im Konfliktfeld irregulärer Migration verspricht aus drei Gründen besonders interessant zu sein: Im Hinblick auf die Neukonfiguration des politischen Feldes Migration stellt die soziale Tatsache irregulärer Einwanderung erstens die national-staatliche Souveränität in Frage. Zweitens verändert sich aufgrund der Europäischen Integration das politisch-institutionelle Terrain, so dass sich gegenüber nationalstaatlichen Mobilisierungen möglicherweise andere Artikulationsbedingungen ergeben. Drittens stellt die gesellschaftliche Position und Mobilisierungsfähigkeit derjenigen, die sich illegal in

einem Staat aufzuhalten oder in ihn einreisen, den Test dafür dar, wie weit universelle und andere Rechte tatsächlich reichen.

Diese Fragestellung werde ich für den politisch-geografischen Raum der (alten) Europäischen Union analysieren und dabei den Blick auf die Ränder und das Zentrum richten, das heißt auf politische Mobilisierungen an den Grenzen der EU und auf den Brüsseler Raum des Lobbyings. Thematisch werde ich eine Untergliederung des Konfliktfeldes der irregulären Migration erstens in Zugangsfragen und zweitens in irregulären Aufenthalt und Beschäftigung vornehmen. Der erste Problemkomplex wird anhand einer Fallstudie zu politischen Auseinandersetzungen um das Rote-Kreuz-Zentrum in Sangatte an der französischen Küste des Ärmelkanals in der Nähe des Eurotunnels vertieft. Im Laufe der drei Jahre des Bestehens des Zentrums nutzten dies rund 80.000 Flüchtlinge und MigrantInnen als Sprungbrett für die irreguläre Weiterreise nach Großbritannien. Sangatte wurde dadurch zum politischen Konfliktfall zwischen der französischen und der britischen Regierung. Der zweite Problemkomplex wird anhand politischer Mobilisierungen des RESPECT-Netzwerks für Migrantinnen, die ohne gültigen Arbeits- und Aufenthaltsstatus in Privathaushalten Haushaltarbeiten¹ verrichten, analysiert. In beiden Fällen sind selbstorganisierte MigrantInnen an den politischen Mobilisierungen zentral beteiligt. Am Ende der Arbeit werden beide Stränge zusammen geführt und eine Typologie entwickelt, die dazu geeignet ist, über die Fallstudien hinausgehend, politische Mobilisierungen unterschiedlicher Akteure im Konfliktfeld irregulärer Migration zu charakterisieren.

Der Fokus auf Grenzen und irreguläre Migration

Der Durchlässigkeitsgrad von Grenzen ist nicht gegeben, sondern von den beteiligten Akteuren auszuhandeln. MigrantInnen als GrenzgängerInnen sind dabei aufgrund ihrer Körperlichkeit in einer Position besonderer Verletzlichkeit, wenn sie illegal Grenzen übertreten, da die staatliche Macht legitimiert ist, sie daran mit (fast) allen Mitteln zu hindern. Zugleich kommt irregulären MigrantInnen als GrenzverletzterInnen eine politische Bedeutung zu, da sie die Regeln von territorialem und gesellschaftlichem Ein- und Ausschluss nicht akzeptieren. Die für Staaten

1 Haushaltsbezogene Dienstleistungen – dies umfasst Hausarbeit (putzen, kochen, einkaufen etc.), Pflege und Erziehungsarbeit – bezeichne ich als Haushaltarbeit. Dies trägt dem Aspekt der Sorge (*care*) wie auch dem instrumentellen Charakter der Arbeit Rechnung (vgl. Geissler 2002: 31).

existentiell wichtige und in ihren Grundzügen unhinterfragte Bedeutung von Grenzen erschwert es MigrantInnen und *pro-migrant*-Organisationen, politisch zu mobilisieren und sie zum Gegenstand von Auseinandersetzungen zu machen. Zugleich kann es für Staaten interessant sein, Organisationen zu fördern, die mit Illegalisierten arbeiten. Soziale Probleme können entschärft und auf die Zivilgesellschaft verschoben werden. Zudem werden Informationen und Daten über Wesen und Ausmaß irregulärer Migration leichter zugänglich.

Das Konfliktfeld irregulärer Migration und die Aktivitäten von und für MigrantInnen ohne gültige Aufenthaltspapiere fanden bislang in der Analyse europäischer Migrationspolitik kaum Berücksichtigung. Diese thematische Fokussierung stellt ein Korrektiv sowohl zur Eliten- als auch zur Brüssel-Fixierung sowie der Konzentration auf bestimmte Themen (z.B. Antirassismus, Integration) der meisten Arbeiten dar.

Politische Mobilisierungen in der EU

Ein weiterer Ausgangspunkt der Arbeit ist die Annahme, dass Europäisierung Auswirkungen auf die Formen politischer Aktionen, Strategien und Organisierungen von Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hat. Dabei erschließen sich neue Handlungsspielräume für MigrantInnen- und *pro-migrant*-Organisationen und zugleich reduzieren sich vormals auf nationalstaatlicher Ebene vorhandene Interventionsmöglichkeiten. Wie diese Chancen und Grenzen aussehen, ist ebenso Gegenstand der Arbeit wie die Frage, inwiefern die Anstrengungen von EU-Lobbyorganisationen und Bewegungen dahingehend wirken, der Mehrebenenpolitik mit einer Mehrebenenmobilisierung zu begegnen.

Mit der Arbeit versuche ich, einen Überblick über das Akteursfeld zu ermöglichen, der auch die Fragen der Repräsentation von MigrantInnen und Illegalisierten sowie der Bearbeitung entsprechender Themen durch Organisationen berücksichtigt. Das migrationspolitische bzw. -lobbyistische Feld auf EU-Ebene ist geprägt vom Monopol weniger Personen bzw. Organisationen. Getragen wird die Lobbypolitik von europäischen Eliten, die vor allem in Brüssel in NGOs tätig sind und in der Regel nicht über einen Migrationshintergrund verfügen. Darüber hinaus lenke ich meine Aufmerksamkeit auf vermeintlich peripherie Orte an Grenzverläufen, die nicht weniger relevant für eine europäische Asyl- und Migrationspolitik sind. Gerade weil an europäischen Außen- und Binnengrenzen europäische Politiken vollzogen werden und eine direkte Wirkung zeigen, bieten sie die Möglichkeit der Analyse von Konflikten und politischen Mobilisierungen. In der Forschung zur Analyse der EU-Migra-

tionspolitiken und politischen Mobilisierungen wurden diese Orte bislang bis auf wenige Ausnahmen ausgespart.

Neben diesem Blick auf die Akteure und ihre Verortung stellt sich die Frage nach der Rolle der EU aus Sicht der MigrantInnen- und *promigrant*-Organisationen. Sie hatten bis vor Kurzem die »Festung Europa« vor Augen und kritisierten diese grundlegend. Diesbezüglich ist in relevanten Teilen ein Wandel zu verzeichnen hin zu einer Position, die jene Chancen benennt, die eine europäische Vereinheitlichung von Standards und Regelungen bewirken soll. Wie positionieren sich also die verschiedenen Organisationen, wie verlaufen in ausgesuchten Themenfeldern Deutungskämpfe innerhalb der Organisationen?

Artikulationen und Anliegen von Migrantinnen

Mein Augenmerk ist besonders auf politische Mobilisierungsprozesse von Migrantinnen und die Formulierung geschlechtsspezifischer Forderungen gerichtet. Nur in wenigen Arbeiten zur EU – organisationssoziologische und politologische Arbeiten zu z.B. *Gender Mainstreaming* – wird Geschlecht zum Thema gemacht, obwohl gerade auf europäischer Ebene dafür vergleichsweise offene politische Gelegenheitsstrukturen bestehen. Die Analyse wird sich auf zwei Bereiche konzentrieren: die Akteurinnen und die geschlechtsspezifischen politischen Inhalte.

Es gibt zwischen Aktivitäten für MigrantInnenrechte und Frauenrechte thematische und strategische (Lobbying-)Allianzen. Durch solche Bündnisse sowie durch frauenpolitische Koalitionen inner- und außerhalb der europäischen Institutionen sind einige Migrantinnenorganisationen in der Lage, Erfolge zu erzielen. Die Präsenz von Migrantinnen und ihren Anliegen auf europäischer Ebene konnte – wie ich zeigen werde – vor allem aufgrund des Einflusses von Frauenbewegungsorganisationen zunehmen, nicht aufgrund einer stärkeren Repräsentanz in gemischtgeschlechtlichen MigrantInnenorganisationen.

Theoretisch-konzeptioneller Rahmen

Das methodische und theoretische Instrumentarium der sozialen Bewegungsforschung ermöglicht, auch wenig machtvolle Akteure in politischen Auseinandersetzungen wahrzunehmen. Die politischen Mobilisierungen im Konfliktfeld irregulärer Migration werde ich mit den Metho-

den des *framing*-Ansatzes² und des Ansatzes gesellschaftlicher Kontextstrukturen (*political opportunity structures*) analysieren. Mit dem *framing*-Ansatz lassen sich Strategien von MigrantInnen- und *pro-migrant*-Organisationen zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Interessen herausarbeiten. Deren *frames* konkurrieren mit denen anderer Akteure und die Umsetzung der Strategien erfolgt mithilfe eines breiten Sets an Taktiken und Politikformen außer- und innerhalb von Institutionen. Beispiele sind symbolische Politik, das Schließen wirkungsmächtiger Allianzen, aber auch widerständige und subversive Praktiken der im traditionellen Sinn »Machtlosen«. Welche dieser Deutungsangebote und Aktivitäten letztendlich erfolgreich sind, ist nicht zuletzt von den politischen Kontextstrukturen abhängig. Dabei lassen sich Einfluss und Erfolg nicht absolut messen, sondern sind je nach Ziel und Perspektive relational und ambivalent. Sie restrukturieren das Feld für künftige Handlungsspielräume von MigrantInnen und *pro-migrant*-Organisationen. Eine prozessorientierte Analyse ist daher gegenüber statischen Analysen überlegen. Insofern eignet sich die Kombination von *framing*- und *political opportunity*-Ansatz. Partiell betrachte ich auch die im Ansatz der Ressourcenmobilisierung behandelten Aspekte, das heißt, über welche Ressourcen die unterschiedlichen Akteure verfügen beziehungsweise welche sie sich zu erschließen im Stande sind.

Thesen

Ausgehend von der Fragestellung und der Auseinandersetzung mit dem im Anschluss skizzierten Stand der Forschung bilden vier Thesen den Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung:

These 1: Grenzen und konfrontativ ausgerichtete politische Mobilisierungen in territorialen Grenzräumen sind für die Analyse der europäischen Migrationspolitik von Relevanz. Erst durch diesen Fokus werden zentrale Konfliktlinien und Akteure berücksichtigt, die beim Blick auf Brüssel und die etablierten NGOs aufgrund der konsensorientierten Strukturiertheit des Brüsseler Terrains verschwinden.

2 Aufgrund von Übersetzungsschwierigkeiten übernehme ich in der Regel die Begriffe *framing* und *frame* ins Deutsche. Weder die Übersetzungsversuche Rahmung, Interpretationsschema, Deutungsmuster noch kollektives Bedeutungsmuster treffen den Bedeutungsinhalt (vgl. König 2003: 3f.).

These 2: Der irreguläre Grenzübertritt und die Gewährung von Rechten für irreguläre MigrantInnen sind die zentralen politischen Konfliktfelder. Insbesondere die De- bzw. Thematisierung von Zugangsfragen ist innerhalb von *pro-migrant*-Organisationen umstritten.

These 3: Durch die Diskursverschränkung von Sicherheit und illegaler Migration schließen sich die politischen Kontextstrukturen.

These 4: Über Frauennetzwerke kann in der EU aufgrund der politisch-institutionellen Konstellation trotz des politischen Konsenses der Bekämpfung irregulärer Migration eine Thematisierung der Anliegen von irregulären Migrantinnen, das heißt eine Öffnung der politischen Gelegenheitsstruktur, erfolgen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Forderungen sowohl mit feministischen als auch traditionellen Vorstellungen kompatibel sind.

Begrifflichkeiten und Forschungsethik

Arbeiten zu irregulärer Migration berühren zwangsläufig Fragen der Begrifflichkeiten sowie der Forschungsethik.

Es ist schwierig, Begriffe für die MigrantInnen und den Migrationstypus zu finden, die gemeinhin als »illegale MigrantInnen« und »illegale Migration« bezeichnet werden. Ich verwende für die Bezeichnung der MigrantInnen den vergleichsweise neutralen Begriff der »irregulären« bzw. »illegalisierten« MigrantInnen und für den Migrationstypus den der »irregulären« Migration, wie sie sich in der Forschung weitestgehend durchgesetzt haben. Ich vermeide den Begriff der Illegalen, da dieser eine pejorative Konnotation hat und suggeriert, dass Menschen illegal sein können, obwohl sie erst durch staatliche Politiken und Praktiken dazu gemacht werden, das heißt sie werden illegalisiert. Der Grenzübertritt, die Beschäftigung oder der Aufenthalt einer Person können illegal sein, nicht aber die Person selbst. Die Kritik am Begriff des Illegalen geht zurück auf das überlieferte Zitat des Auschwitz-Überlebenden und Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel: »Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?« (Elie Wiesel, ohne Quellennachweis). Der in anderen Sprachen und zum Teil auch im Deutschen vielfach verwendete Begriff der undokumentierten MigrantInnen (*Sans-Papiers, undocumented migrants, sin papeles, indocumentados*) ist nicht ganz zutreffend, da die meisten über Dokumente verfügen, diese jedoch nicht

(mehr) zum Aufenthalt berechtigen. Der Begriff der Irregularität verweist demgegenüber darauf, dass sich die MigrantInnen abseits der regulären Migrationspfade befinden, auch wenn die besondere Verletzlichkeit der MigrantInnen, die aufgrund ihres illegalen Status entsteht, damit nicht adäquat eingefangen werden kann.

Ein weiterer Begriff, für den es keine treffende deutsche Übersetzung gibt, ist der der *pro-migrant*-Organisationen. Darunter fasse ich organisatorische Zusammenschlüsse aus verschiedenen politischen Spektren zusammen, die nicht als eine soziale Bewegung zu bezeichnen sind, die aber der Einsatz für (irreguläre) MigrantInnen und Flüchtlinge eint: humanitär und christlich orientierte Gruppen und Personen, antirassistische und feministische Gruppen, Menschen- und Asylrechtsorganisationen sowie einzelne Partei- und Gewerkschaftsgliederungen.

MigrantInnenorganisationen sind demgegenüber Gruppen und Organisationen, in denen sich ausschließlich – oder zum überwiegenden Teil – MigrantInnen und Flüchtlinge selbst organisieren. Das Spektrum ist auch hier breit und reicht von zum Teil hierarchisch strukturierten und weltweit agierenden (Exil-)Organisationen und Parteien einer Nationalität über lokale Selbsthilfeinitiativen bis hin zu losen Netzwerken von irregulären MigrantInnen verschiedener Nationalität.

Mit Fragen der Forschungsethik sind alle konfrontiert, die zu irregulärer Migration publizieren. Dies möchte ich verdeutlichen an den Arbeiten von Jörg Alt, Jesuitenpater und in Deutschland ausgewiesener Forscher zu irregulärer Migration. Er hat die Lebenssituation irregulärer MigrantInnen im Städtevergleich erforscht. Seine Arbeit zu Leipzig (Alt 1999) enthält ein hohes Maß an Insiderwissen, in seiner Münchener Studie (Alt 2003) reflektiert er dies:

»Diese Studie [enthält] weniger Details [...] zu Mechanismen und Wegen, wie man trotz der zunehmenden Zahl an Kontrollen illegale Migrationsprojekte durchführen kann. Ich möchte so verhindern, dass dieses Buch die Entwicklung und Implementierung von noch mehr represiven Maßnahmen fördert. Das Wachsen einer Einsicht in die Grenzen und Nebenwirkung von Repression wiederum ist eine wichtige Voraussetzung, um endlich eine [...] wissenschaftlich fundierte, alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen umfassende, [...] lösungsorientierte Diskussion« beginnen zu können (Alt 2003: 6).

In dieser Arbeit stellen sich die von Alt skizzierten Probleme nur sehr vermittelt, da es sich nicht um eine lokale Fallstudie zu Einreise und Leben illegalisierter MigrantInnen handelt, in der Akteure über ihre Strategien Auskunft geben. Vielmehr befasse ich mich mit den politischen Mobilisierungen im Konfliktfeld irregulärer Migration. Ausgewertet werden veröffentlichte Quellen und anonymisierte Interviews mit SchlüsselakteurInnen. Das Flüchtlingslager in Sangatte besteht zudem

seit Ende 2002 nicht mehr. Einzig hinsichtlich der Analyse von politischen Strategien könnte es die Möglichkeit eines politischen Interesses geben. Dieses ist jedoch vernachlässigbar, da es sich in der Regel nicht um strafrechtsrelevante Aktivitäten handelte und sie in der Öffentlichkeit stattfanden. Falls die Arbeit für die Strategieentwicklung von Gruppen illegalisierter MigrantInnen und von unterstützenden Organisationen von Nutzen ist, so ist dies durchaus im Sinne der Autorin.

Aufbau

Das erste Kapitel resümmiert den Forschungsstand bevor der analytisch-theoretische Rahmen entwickelt wird. Dabei verknüpfe ich die weitestgehend parallel laufenden Transnationalisierungsdiskussionen in der sozialen Bewegungs- und in der Migrationsforschung. Durch die Verbindung beider Diskussionsstränge lassen sich wesentliche Aspekte der politischen Mobilisierung von MigrantInnen- und *pro-migrant*-Organisationen analysieren: die transnationale Verortung der AkteurInnen, der Konflikt- und Problemlagen und der Mobilisierungsformen.

Im darauf folgenden Methodenkapitel werden die Fallauswahl und die methodischen Verfahren erläutert. Im Zuge eines Methodenmixes wurden Dokumentenanalysen, Ereignisdatenanalysen, ExpertInneninterviews und teilnehmende Beobachtungen durchgeführt. Da ich in beiden Fallstudien mit dem *framing*-Ansatz arbeite, werden im letzten Teil dessen Stärken und Schwächen beleuchtet.

Das Kapitel »Migration und Migrationspolitik in der Europäischen Union« beschreibt die gesellschaftliche Kontextstruktur politischer Mobilisierungen im Konfliktfeld irregulärer Migration. Die Feminisierung und Illegalisierung von Migration in Europa sind zwei Migrationstrends, die auch für die in dieser Arbeit analysierten Fallstudien kennzeichnend sind. Die Grenz- und Migrationspolitiken der EU stellen einen weiteren Teil der Rahmenbedingungen dar und sind gleichzeitig Gegenstand der Mobilisierung. Daher findet sich an dieser Stelle ein Abriss der europäischen Harmonisierung von Asyl- und Migrationspolitiken sowie des Wandels des Grenzregimes hin zu einem Grenz- und Migrationsmanagement. Die die aktuelle Politik charakterisierende Gleichzeitigkeit von Öffnung und Schließung wird auch in den darauf folgenden Aspekten der politischen Partizipation von Drittstaatsangehörigen sowie Frauenpolitiken in der EU deutlich.

Im Mittelpunkt des Kapitels »Gibt es ein Advocacy-Netzwerk für illegalisierte MigrantInnen?« steht das Akteursfeld. Es wird analysiert, inwieweit irreguläre MigrantInnen in europäischen Dachverbänden und

Netzwerken repräsentiert sind und welche inhaltliche Ausrichtung gegenüber irregulärer Migration eingenommen wird.

Das Kapitel »Selbstorganisation und Repräsentation: MigrantInnen als politisch Handelnde« beleuchtet zunächst individuelle und kollektive Strategien der Herstellung von Handlungsfähigkeit von irregulären MigrantInnen. Daran schließt eine Auseinandersetzung um die Probleme an, die sich aus einer nationalitätsbezogenen Repräsentation heraus ergeben können. Gegenstand dieses Kapitels sind somit komplexe Organisations- und Mobilisierungsprozesse.

Das Kapitel »Sangatte: Umkämpfte Grenzen« umfasst die Studie zum Rote-Kreuz-Zentrum in Sangatte, mit deren Hilfe beantwortet werden soll, inwiefern sich durch die Diskrepanz zwischen den erklärten politischen Zielen der Migrationskontrolle und der sozialen Realität irregulärer Migration in Grenzräumen Ansatzpunkte für das Agieren von irregulären MigrantInnen und *pro-migrant*-Organisationen ergeben.

Im Kapitel »Mehr Rechte für illegalisierte MigrantInnen« wird die gleiche Frage für den irregulären Aufenthalt und die irreguläre Beschäftigung von MigrantInnen gestellt. Anhand einer Kampagne von Organisationen in Großbritannien werden die Möglichkeiten und Grenzen bestimmter Thematisierungsformen analysiert. Inwiefern sich auf europäischer Ebene neue und andere Ansatzpunkte ergeben haben, steht bei der anschließenden Analyse der politischen Mobilisierungen des europäischen RESPECT-Netzwerks im Zentrum. Da fast alle irregulären MigrantInnen erwerbstätig sind und das Verhältnis von Gewerkschaften und Migration lange ein spannungsreiches war, wird im letzten Teil des Kapitels gefragt, inwieweit Gewerkschaften als Bündnispartner für die Anliegen irregulärer MigrantInnen in Frage kommen.

Die Ergebnisse der Fallstudien werden im Schlusskapitel auf die zentrale Frage der Organisierung »schwacher Interessen« hin diskutiert. Dazu schlage ich eine Typologie von Mobilisierungen im Konfliktfeld irregulärer Migration vor. Folgende drei Typen vermögen die zentralen Argumentations- und Mobilisierungslinien zu erfassen: Erstens ein Ansatz, bei dem MigrantInnen »Recht auf Rechte« einfordern, zweitens eine Position der »Re-Regulierung« und drittens die »repressive Variante des Grenz- und Migrationsmanagements«.